

Wie weiter in Afghanistan?

Milliarden flossen in den vergangenen Jahren nach Afghanistan. Ein Teil in die Entwicklungszusammenarbeit, vor allem aber in die militärische Präsenz der NATO-Sicherheitstruppen im Land. Deren Abzug bietet einerseits Chancen, aber auch Gefahren, wie Marianne Huber, Leiterin des DEZA-Kooperationsbüros in Kabul, im Gespräch mit Gabriela Neuhaus erläutert.



C. Bol/Hollandse Hoogte/laif

Fehlende Infrastruktur und Sicherheit oder interne Konflikte – Afghanistans Regierung ist mit unglaublich grossen Herausforderungen konfrontiert.

«Eine Welt»: Ist 2014 – mit dem Abzug der internationalen Truppen – für Afghanistan ein Schicksalsjahr?

Marianne Huber: Die eigentliche Zäsur ist, dass Hamid Karzai nach zehn Jahren nun nicht mehr Präsident sein wird. Die neue Regierung wird einiges anders machen, da gibt es Hoffnung. Dazu kommt die Verabschiedung der internationalen Kampftruppen. Diese erfolgt allerdings in Etappen und ist schon seit längerer Zeit in Gang.

Medienberichte zeichnen ein düsteres Bild der Situation: zunehmende Gewalt, keine wirtschaftlichen Perspektiven. Ihre Einschätzung?

Optimistisch stimmt, dass die afghanische Bevölkerung die Wahlen als Chance wahrgenommen hat. Überraschend viele wagten sich trotz Drohungen der Taliban und miserablen Wetter an die Urnen. Sie standen in langen Schlangen, um ihre Stimme abzugeben. Das war ein klares Nein gegen den Rückschritt und gegen die Taliban. Diese

Wahlbeteiligung war eines der positiveren Signale der letzten zwölf Jahre. Sie machte deutlich, dass die Bevölkerung politische Partizipation sinnvoll findet und Teil einer grösseren Welt sein will.

Kann dieser Wunsch der Bevölkerung in Erfüllung gehen?

Was die kommenden Jahre bringen, ist ungewiss. Die wirtschaftliche Lage ist schlecht, die Hälfte der Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt. Von was wird diese junge Generation künftig leben? Dazu kommt der interne Konflikt mit den militanten Gruppen. Die neue Regierung ist mit unglaublich grossen Herausforderungen konfrontiert. Das Minimum, was passieren muss, ist, dass die internationale Gemeinschaft Bereitschaft signalisiert, sich nach dem Truppenrückzug weiter zu engagieren und für Kontinuität zu sorgen. Allerdings kann sie das nur, wenn die künftige afghanische Regierung drastische Verbesserungen bei der Korruptionsbekämpfung sowie bei den Staatseinnahmen durchsetzt.



Marianne Huber hat ihre Jugend im Iran verbracht und leitet seit 2012 das Kooperationsbüro der DEZA in Kabul. Die Schweiz ist im internationalen Vergleich eine kleine Geberin, hat aber den Vorteil eines klaren Profils als Partnerin für Entwicklung ohne militärische Agenda in Afghanistan. Nach dem Sturz des Taliban-Regimes leistete sie in einer ersten Phase vorwiegend humanitäre Hilfe. Seit 2004 fokussiert das Programm vermehrt auf langfristige Entwicklung und Wiederaufbau. In enger Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen unterstützt die DEZA vor allem benachteiligte Bevölkerungsgruppen und engagiert sich für die Einhaltung von Menschenrechten und gute Regierungsführung. Die Schweiz gehört zu den wenigen Gebern, die eine Aufstockung ihres Engagements nach 2014 planen.



Die internationale Präsenz hat auch Positives bewirkt: Im Bildungsbereich gibt es messbare Erfolge und das Land verfügt über bessere Sicherheitskräfte.

Arbeitsintensive Infrastruktur

Mit innovativen Projekten will die DEZA einen Teil der Mittel für Afghanistan direkt für Arbeitsplätze und Entwicklung auf dem Land einsetzen. So führt sie in Bergregionen lokal angepasste Technologien ein, um erodierte und übernutzte Hänge vor weiterer Zerstörung durch Sturzfluten zu schützen. Die arbeitsintensiven Massnahmen gegen Stein- und Schlammlawinen werden von der Bevölkerung selber umgesetzt, was ihr ein Einkommen bringt. Gleichzeitig übernimmt sie damit die Verantwortung für den Schutz ihrer Lebensgrundlagen. In einem weiteren Schritt wird die Landwirtschaftsfakultät der Universität Bamiyan in das Projekt einbezogen: Im Rahmen ihres Studiums verbringen Studierende einige Tage in einem Bergdorf. Was sie dort lernen, gibt ihrer Ausbildung eine neue, konkrete und praxisbezogene Dimension.

Ist dies zu erwarten?

Die internationalen Geber haben sich dazu verpflichtet, die afghanische Polizei und Armee bis 2017 jährlich mit 4 Milliarden US-Dollar zu unterstützen sowie mit weiteren 4 Milliarden an die sozio-ökonomische Entwicklung beizutragen. Das ist wichtig, weil der afghanische Staat die teuren Sicherheitskräfte und die öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit nicht selber bezahlen kann. Alles in allem werden die Mittel aber stark zurückgehen. Wenn man jedoch sieht, welche Summen in den letzten Jahren durch Korruption verschwunden sind, stellt sich die Frage, wieviel Geld es überhaupt braucht. Wenn alle Mittel ankommen und richtig eingesetzt würden, wäre wohl genügend vorhanden. Dafür müsste aber die Korruption wirkungsvoll eingedämmt werden – ein dringend notwendiger, aber schwieriger Schritt. Dies vor allem, weil sich in den letzten Jahren eine Kriegsökonomie entwickelt hat, die horrend Gelder verschlingt. Dazu gehört unter anderem ein Heer von gut bezahlten Beratern, die – von internationalen Agenturen angeheuert – quasi eine Parallelverwaltung in Konkurrenz zu den staatlichen Beamten bilden.

Das heisst, die «Internationale Hilfe» hat Schaden angerichtet?

Sicher nicht nur. Wenn man Afghaninnen und Afghanen fragt, sehen sie klare Fortschritte, verglichen mit den 90er-Jahren. Aber die enormen Geldmengen führten zu Auswüchsen und haben viel Eigeninitiative zerstört. Ein Beispiel dafür ist die Profithaltung der ländlichen Bevölkerung: Muss et-

was repariert oder angeschafft werden, sitzt und wartet man, bis der Geber kommt. Früher haben sich die Leute selber geholfen. Im Frühjahr etwa stellten die Dorfbewohner die Bewässerungssysteme gemeinsam wieder instand. Diese Kultur ist heute schwer beschädigt. Noch immer werden in manchen Projekten die Leute dafür bezahlt, dass sie an einer Versammlung teilnehmen. Das ist fatal. Gleichzeitig fragen sich die Menschen aber auch, wo das viele Geld hingekommen ist, weil sich in ihren Dörfern nichts verbessert hat.

Wie ist dies zu erklären?

Ab 2009, als die Truppen für eineinhalb Jahre nochmals aufgestockt wurden, hat man auch die Mittel für zivile Entwicklungsprojekte erhöht. Man tat dies in der Hoffnung, die Bevölkerung damit für die Regierung zu gewinnen und so den Aufständischen den Boden zu entziehen. In dieser Phase ist zu viel Geld in zu kurzer Zeit geflossen. Es gab zahlreiche Projekte, wo Beträge in zweistelliger Millionenhöhe innerhalb eines Jahres ausgegeben werden mussten – ohne Langfristperspektive. Dies führte dazu, dass Projektmanager in erster Linie darum bemüht waren, möglichst viele Verträge abzuschliessen, um Geld loszuwerden. Resultate waren von sekundärer Bedeutung. Millionen um Millionen, die für den Bau von Strassen, Schulen oder Spitälern bereitgestellt wurden, sind so in irgendwelchen Taschen verschwunden.

Dies widerspricht jeglichen Regeln für eine nachhaltige Entwicklung. Wie kam es dazu?

Nach dem Fall der Taliban Ende 2001 zog man in



Beth Veird/Aurora/Inf (2)

Die hohe Beteiligung bei den Präsidentschaftswahlen im April 2014 machte deutlich, dass die Bevölkerung politische Partizipation sinnvoll findet und Teil einer grösseren Welt sein will.

Afghanistan – unter Führung der USA – sehr schnell eine Präsidialdemokratie nach amerikanischem Vorbild auf, überliess wichtige Führungspositionen aber weitgehend den siegreichen Warlords. Wohl weil man davor zurückschreckte, sich für 20 bis 30 Jahre zu verpflichten. Dies wäre nötig gewesen, um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Als dann die Taliban ab 2005 wieder erstarkten, setzte man auf die militärische Karte.

Hat die internationale Präsenz auch Positives bewirkt?

Dank Investitionen in Ausbildung und Ausrüstung von Polizei und Armee hat Afghanistan heute bessere Sicherheitskräfte. Im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen gibt es messbare Erfolge. Heute können 48 Prozent der Mädchen und 64 Prozent der Buben lesen und schreiben. Gewiss, das sind immer noch viel zu wenige. Aber bei ihren Eltern sind es nur 10 Prozent der Frauen und 25 Prozent der Männer.

Wie steht es aktuell um die Sicherheit?

Regionen, wo die Taliban keine Basis haben, gelten als relativ sicher. Der Einfluss der afghanischen Armee und Polizei ist allerdings regional sehr unterschiedlich: In manchen Gebieten, aus denen sich die internationalen Truppen bereits verabschiedet haben, breiten sich die Taliban wieder aus. Es handelt sich dabei um autonome militante Gruppierungen, die stark auf Kriegslogik setzen und kein Interesse an politischen Lösungen haben. Vielerorts nimmt auch der Opiumanbau wieder zu, weil die Bevölkerung keine anderen wirt-

schaftlichen Perspektiven sieht. Die Verstrickungen zwischen Schattenökonomie und militanter Herrschaft sind kaum unter Kontrolle zu bringen.

Welche Schwerpunkte braucht es nach dem Truppenabzug seitens der internationalen Geber?

Der Abzug der ISAF bedeutet das Ende des integrierten militärisch-zivilen Ansatzes. Damit wird die Entflechtung von Entwicklungsengagement und Investitionen in die afghanischen Sicherheitsorgane weiter vorangetrieben. Das braucht Zeit, ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. In den kommenden Jahren müssen staatliche Dienstleistungen weiterhin grösstenteils über Entwicklungsgelder aus dem Ausland finanziert werden. Gleichzeitig braucht es vermehrten Druck der Geber, damit der Staat Korruption aktiv bekämpft und eigene Finanzierungsquellen wie etwa Zolleinnahmen erschliesst und nutzt. Man muss dort weitermachen, wo bereits gewisse Erfolge erzielt wurden: Es braucht konzertierte Anstrengungen für weitere Verbesserungen im Bildungssektor und im Gesundheitswesen. Für die dringend notwendige wirtschaftliche Entwicklung müssen entsprechende Rahmenbedingungen wie Rechtssicherheit geschaffen werden. Die Aufgaben sind enorm – aber wir sollten die Flexibilität und den Mut der Afghaninnen und Afghanen nicht unterschätzen. ■

Truppenabzug bis Ende Jahr

Basierend auf einem Beschluss des UNO-Sicherheitsrats von 2001 waren in den letzten 12 Jahren Truppen aus 49 Nationen in ganz Afghanistan stationiert. Die sogenannte Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF steht unter NATO-Führung. Ihre Aufgabe war, mit militärischen Mitteln für Sicherheit zu sorgen und Wiederaufbau zu leisten. Sie trainierte u.a. 350 000 afghanische Sicherheitskräfte für Polizei und Armee. Diese haben sukzessive die Verantwortung für die Sicherheit im Land übernommen, während die internationalen Soldaten Ende 2014 das Land verlassen. Rund 12 000 ausländische Spezialkräfte werden die einheimischen Sicherheitskräfte in den kommenden Jahren jedoch weiter unterstützen. In der Hoffnung, so eine Destabilisierung der nach wie vor prekären Sicherheitslage zu verhindern.